



<https://biz.li/2kb6>

ROBERT REINHARDT-KLEIN (FDP): "NEUE GÜTERBAHNSTRECKE NUR UNTER BÜRGERBETEILIGUNG"

Veröffentlicht am 16.01.2023 um 17:08 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

In den vergangenen Wochen ist die Frage "Neubau oder Ausbau" und der finalen Streckenverlauf in der Region Hannover der Güterbahntrasse Hamburg-Hannover in den Vordergrund gerückt. Seit vielen Jahren wird über verschiedene Streckenverläufe diskutiert. Das "Dialogforum Schiene Nord" kam im Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass die Variante "Alpha E" und damit ein bestandsnaher Ausbau der bestehenden Strecke erfolgen soll. Dazu der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion, Robert Reinhardt-Klein: "Unabhängig davon, welche Variante die DB Netz am Ende dem Bundestag zur Entscheidung vorlegt, stellt sich für die BürgerInnen in der Region Hannover die Frage, wie der genaue Streckenverlauf sein wird. Nach den aktuellen Plänen gibt es vier Varianten. Neben der Neubautrasse über Burgwedel und Isernhagen, fernab vom Bestand, sind drei weitere Trassen in der Prüfung." "Und es ist doch völlig klar, dass sich in allen betroffenen Regionen viel Gegenwehr aus Politik und Bürgern formieren wird. Deshalb kann eine Entscheidung nur nach neutralen Kriterien unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile erfolgen", so Reinhardt-Klein weiter. Bei der Variante über Burgwedel und Isernhagen stellt sich dem Regionspolitiker noch eine weitere Frage. "Was wird aus dem geplanten Neubau des KRH Burgwedel, wenn quasi auf Augenhöhe eine Güterbahnstrecke direkt am Krankenhaus verlaufen soll? Würde diese Variante überhaupt funktionieren oder müsste die Region beim Krankenhausneubau neu planen?" Der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion fordert daher, dass "insbesondere die Kriterien Tempo und Wirtschaftlichkeit, sowie möglichst schnelle Fertigstellung im Fokus stehen. Das Ganze kann und darf nur unter Bürgerbeteiligung erfolgen, darf sich aber nicht weiter über Jahre hinziehen. Eine effiziente Mobilität ist essenziell für das Flächenland Niedersachsen und die BürgerInnen in der Region Hannover brauchen endlich Planungssicherheit".